

Die Wissenschaft in der Öffentlichkeit

Sichtbarkeit und Legitimation von Wissenschaftler*innen in der Reformdebatte zu Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland

Stefan Wallaschek

Abstract: *Die Studie untersucht die Sichtbarkeit von Wissenschaftler*innen in der öffentlichen Debatte um die Reform der Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland. Wissenschaftler*innen, insbesondere weibliche Forschende, waren präsent, doch auch andere Akteur*innen beteiligten sich an der öffentlichen Auseinandersetzung. Dabei zeigten sich sowohl Tendenzen der Akzeptanz als auch der Delegitimierung gegenüber Wissenschaftler*innen.*

1 Einleitung

Am 10. April 2024 debattierte der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Ampelkoalition (SPD, Grüne, FDP), der die Ahndung von sogenannten Gehsteigbelästigungen vor Beratungsstellen und Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, zum Ziel hat. Am Vortag berichtete das Magazin *Der Spiegel* (Garbe und Hassenkamp 2024) vorab über den Abschlussbericht der »Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin« (Kom-rSF), die ein Jahr zuvor von der Bundesregierung eingesetzt worden war. In der Plenardebatte kam es zu folgendem Wortwechsel zwischen der SPD-Abgeordneten Leni Breymaier und dem CDU-Abgeordneten Hubert Hüppe (Bundestag 2024: 20807):

»Diese Debatte heute [...] findet in einem Umfeld statt, in dem der Bericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung in dieser Woche geleakt wurde. (Zuruf des Abg. Hubert Hüppe [CDU/CSU])

Die Kommission stellt ihren Bericht am nächsten Montag vor, erläutert ihn auch und begründet öffentlich, wie sie zu den vorgeschlagenen Maßnahmen und Einschätzungen kommt. Was ich unglaublich finde, ist, dass gleichzeitig Frau Bär [gemeint ist die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär; Anm. d. Autors] schon weiß, dass die Kommission geliefert hat, was die Ampel bestellt hat. (Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Ja, so war's!)«

Diese Auseinandersetzung spiegelt die aktuelle gesellschaftliche Situation wider, in der konservative, rechte und antifeministische Akteur*innen zunehmend Themen wie Geschlechtervielfalt, reproduktive Rechte sowie die Genderforschung öffentlich angreifen und zu delegitimieren versuchen, etwa indem Informationen vor ihrer öffentlichen Bekanntgabe an Medien durchgestochen werden (Hark und Villa 2015; Wallaschek et al. 2022; Kuhar 2018).

Vor diesem Hintergrund untersucht der Artikel, wie die eingesetzte Kommission, ihre 18 Mitglieder sowie weitere Wissenschaftler*innen in der öffentlichen Debatte um eine Reform des § 218 StGB und um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland repräsentiert werden. Zudem wird analysiert, inwieweit andere Akteur*innen – insbesondere Politiker*innen, Kirchenvertreter*innen und Journalist*innen – an der Debatte teilnehmen, welche Positionen sie vertreten und wie sich die Akzeptanz bzw. Delegitimierung von Wissenschaftler*innen in der Debatte manifestiert. Gerade da das Thema weiblich besetzt ist und die Kommission überwiegend aus Frauen besteht¹, wäre eine starke Präsenz von Frauen in der öffentlichen Debatte zu erwarten. Zur Analyse werden die Forschung zu Repräsentationsformen (Pitkin 1972; Saward 2010; Mansbridge 2003) sowie Studien zur Sichtbarkeit und Darstellung von Frauen und Wissenschaftler*innen in der Öffentlichkeit (Ross et al. 2022; Garcia-Blanco und Wahl-Jorgensen 2012; Peng et al. 2022) herangezogen. Die empirische Grundlage bilden zwei Bundestagsdebatten, drei Parlamentsdokumente mit Anfragen der Opposition und Antworten der Bundesregierung, 65 Medienartikel sowie die beiden Pressekonferenzen zum Kommissionsbericht am 15. April 2024, die systematisch inhaltsanalytisch codiert und quantitativ ausgewertet wurden.

2 Theoretischer Rahmen: Repräsentation von Wissenschaftler*innen im öffentlichen Diskurs

Die öffentliche Repräsentation sozialer Gruppen und Positionen ist von Machtdynamiken geprägt, da verschiedene Akteur*innen um Deutungshoheit und Legitimität konkurrieren (Celis und Lovenduski 2018; Phillips 1998; Mansbridge 2003). Repräsentation kann dabei verschiedene Formen annehmen und auf unterschiedliche Weise erfolgen. Für die Untersuchung wird die Theorie der Repräsentation von Hanna Pitkin (1972) mit der Arbeit von Michael Saward (2010) verknüpft. Während Pitkin einen analytischen Rahmen zur Unterscheidung verschiedener Repräsentationsformen bietet, zeigt Saward, dass Repräsentation nicht statisch ist, sondern aktiv durch Akteur*innen hergestellt und legitimiert wird. Die Verbindung beider Theorien ermöglicht eine differenzierte Untersuchung der Sichtbarkeit, Positionierung und Legitimierung verschiedener Akteur*innen in der öffentlichen Debatte.

Hanna Pitkin (1972) entwickelte eines der grundlegenden Modelle zur Analyse politischer Repräsentation und unterscheidet dabei vier Formen der Repräsentation: *Formale Repräsentation* beschreibt, ob und wie soziale Gruppen institutionell in Entscheidungsstrukturen eingebunden sind oder ausgeschlossen bleiben. Sie untersucht, ob die

1 Die 18 Mitglieder der Kommission umfassen 15 Frauen und drei Männer (Kom-rSF, 2024: 5).

grundlegenden Bedingungen gegeben sind, damit Gruppen überhaupt repräsentiert werden können. *Deskriptive Repräsentation* bezieht sich auf die soziodemografische Zusammensetzung von Organisationen und Institutionen. Anne Phillips (1998) bezeichnet dies als »Politics of Presence«. Empirische Studien zeigen, dass Frauen in nationalen Parlamenten (Paxton, Kunovich und Hughes 2007), in der medialen Öffentlichkeit während der COVID-19-Pandemie (MaLisa Stiftung 2020) sowie in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Patenten (Ross et al. 2022) unterrepräsentiert sind. *Symbolische Repräsentation* fokussiert auf die Wahrnehmung und Bedeutungszuschreibung sozialer Gruppen. Sie untersucht, inwieweit Stereotype und gesellschaftliche Rollenbilder die Repräsentation beeinflussen. Trotz steigender Präsenz von Frauen in Politik und Wissenschaft werden weibliche Abgeordnete und Wissenschaftlerinnen weniger als Expertinnen wahrgenommen als ihre männlichen Kollegen (Garcia-Blanco und Wahl-Jorgensen 2012; Carli et al. 2016). Zudem nutzen männliche Wissenschaftler soziale Medien gezielter zur öffentlichen Darstellung und Self-Promotion als ihre weiblichen Kolleginnen (Peng et al. 2022). *Substanzielle Repräsentation* bezeichnet, ob soziale Gruppen nicht nur sichtbar sind, sondern auch tatsächlich Einfluss auf öffentliche Debatten und politische Entscheidungen nehmen. Es wird untersucht, inwiefern formale und deskriptive Repräsentation in substanzielle Repräsentation übergehen (Wängnerud 2009).

Eine zentrale Kritik an Pitkins Ansatz ist, dass sie Repräsentation als statisch betrachtet und wenig darüber aussagt, wie diese sich verändern kann (Mansbridge 2003). Michael Saward (2010) setzt hier an und betont, dass Repräsentation konstruiert wird. Er führt das Konzept des »representative claim« ein (Saward 2006), das eine akteur*innenzentrierte Perspektive auf Repräsentation bietet. Repräsentation existiert nicht einfach, sondern muss aktiv hergestellt, bestätigt oder zurückgewiesen werden. Gruppen müssen sich von Wortführer*innen repräsentiert fühlen, damit diese Legitimität und Autorität erlangen. Gleichzeitig kann es Gegenansprüche an die Repräsentation geben, durch die bestimmte Akteur*innen delegitimiert oder ihre Forderungen entwertet werden. Dieser Konflikt um Repräsentationsansprüche findet jedoch nicht im luftleeren Raum statt. Strukturen und Institutionen bestimmen mit, wer Sichtbarkeit erhält und Repräsentationsansprüche geltend machen kann (Kinski 2018; de Wilde 2020). Sawards Ansatz erlaubt es daher – ähnlich wie Pitkins –, zu untersuchen, wer spricht und gehört wird, aber auch, wie Repräsentationsansprüche mit bestimmten Diskurspositionen verknüpft sind und so öffentliche Debatten strukturieren.

Für die vorliegende Untersuchung werden beide Theorien in vier Dimensionen miteinander verbunden, um die empirische Analyse zu leiten: Welche Wissenschaftler*innen sind Mitglieder der Kommission und welche kommen in der öffentlichen Debatte zu Wort? Wie ist das Verhältnis von Wissenschaftler*innen zu anderen Diskursteilnehmenden, und welche Positionen werden vertreten? Inwieweit wird der Status von Wissenschaftler*innen infrage gestellt oder ihre Expertise anerkannt? Führt die Arbeit der Kommission zu politischen Handlungen oder Entscheidungen?

3 Daten und Methoden

Die Daten dieser Studie lassen sich in drei Diskursarenen verorten, die sich alle auf die Kommissionsarbeit zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen beziehen, für welche die Arbeitsgruppe 1 der Kommission zuständig war. Die erste Arena umfasst die offiziellen Pressekonferenzen am 15. April 2024: In der ersten wurde der Kommissionsbericht vorgestellt. Anschließend fand eine separate Pressekonferenz mit den Minister*innen Karl Lauterbach (SPD), Lisa Paus (Grüne) und Marco Buschmann (FDP) statt. Die Videomitschnitte dieser Pressekonferenzen wurden für die Untersuchung transkribiert. Die zweite Arena ist der Bundestag. Parlamentsdebatten und -dokumente zum Thema aus dem Zeitraum 10. April bis 4. Oktober 2024 wurden gesammelt. Die relevanten Dokumente wurden mithilfe einer Schlagwortsuche identifiziert.² Die dritte Arena umfasst die mediale Berichterstattung. Mithilfe einer Schlagwortsuche in der Datenbank Factiva wurden 65 Medienartikel in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie politischen Magazinen zur öffentlichen Debatte über die Kommission und ihren Bericht erfasst. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. April bis zum 2. Juni 2024.³ Die Auswahl der Artikel setzt sich wie folgt zusammen (Tab. 1):

Tab. 1: Übersicht Artikelanzahl je Medien

Medien	Artikelanzahl
Die Welt/WaS (online)	17
Süddeutsche Zeitung (online)	14
Der Spiegel (online)	5
Bild	1
Die Zeit	2
taz (online)	13
Focus (online)	3
Stern (online)	10
Summe	65

Nach der Datensammlung wurde ein Codebuch mit Codierkategorien entwickelt. Diese beziehen sich auf die Sprecher*innen im Diskurs, die thematischen Schwerpunkte und Positionen in der Debatte sowie die Diskursarena (Tab. 2).

2 Dafür wurde auf der Bundestagsseite nach den Stichworten »Kommission«, »reproduktive Rechte«, »Abtreibung« und »Schwangerschaftsabbruch/-abbrüche« gesucht. Alle gefundenen Dokumente wurden gesichtet und, sofern passend, heruntergeladen.

3 Die Schlagwortsuche setzte sich wie folgt zusammen: »Kommission and (reproduktive* Selbstbestimmung or Fortpflanzungsmedizin or Abtreibung* or Schwangerschaftsabbr*)«.

Tab. 2: Übersicht der Codierkategorien

Basisinformationen	Akteur*innendimension	Inhaltsdimension
Datum	Name	Position (pro, contra, neutral)
Arenatyp (Bundestag, Pressekonferenz, Medien)	Gender (weiblich, männlich, non-binär, kollektiv)	Aussage
	Funktionsbereich (Wissenschaft, Medien, Partei, Zivilgesellschaft, Kirche, Sonstiges)	

Die Codierung der Texte orientierte sich an der Political Claims Analysis (Koopmans und Statham 1999), die ursprünglich zur Untersuchung von Protesten, sozialen Bewegungen und politischen Diskursen entwickelt wurde. Sie hat sich als textanalytische Methode etabliert, um den Zusammenhang zwischen Akteur*innenpräsenz und Themensichtbarkeit systematisch zu erfassen, und wurde in zahlreichen empirischen Studien angewendet (Guasti und Geissel 2019; Kinski 2018; Wallaschek 2019; de Wilde 2020). Zwei Codierer*innen entwickelten das Codebuch gemeinsam und führten anschließend eine Testcodierung an einer Bundestagsdebatte durch. Die Intercoder-Reliabilität ergab eine Übereinstimmung von 80 %. Abweichende Codierungen wurden besprochen und das Codebuch entsprechend ergänzt und präzisiert. Nachdem ein gemeinsames methodisches Verständnis etabliert war, wurden alle Dokumente vollständig codiert. Insgesamt wurden 125 Aussagen codiert.

Die Daten wurden mit einer Diskursnetzwerkanalyse (DNA) ausgewertet, bei der die codierten Sprecher*innen in Relation zu den codierten Positionen gesetzt wurden (Leifeld 2016). Dabei handelt es sich um ein bipartites Netzwerk, in dem zwei Knotentypen – Sprecher*innen und Positionen – ausschließlich miteinander verbunden sind. Diese Methode ermöglicht eine detaillierte Analyse, welche Sprecher*innen welche Positionen vertreten. Zusätzlich zur netzwerkanalytischen Auswertung erfolgte eine quantitative Analyse anhand deskriptiver Statistik.

4 Ergebnisse

Die Darstellung und Interpretation der Ergebnisse erfolgt in vier Schritten: erstens, ob und inwiefern Wissenschaftler*innen in den Diskursarenen zu Wort kommen (1); zweitens, welche Positionen in der Debatte präsent sind (2); drittens wird die Akzeptanz und Legitimität von Wissenschaftler*innen im Diskurs untersucht (3); letztens werden die Einflussnahme der Kommission und ihre Folgen betrachtet (4).

Die Kom-rSF wurde am 31. März 2023 von der Ampelkoalition eingesetzt, bestand aus 18 Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen (Medizin, Psychologie, Soziologie, Gesundheitswissenschaften, Ethik und Rechtswissenschaften) und finalisierte ihren Bericht am 31. März 2024 (Kom-rSF 2024). Sie unterteilte sich in die zwei Arbeitsgruppen »Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen jenseits des Strafrechtzbuches« und »Re-

geln zur Eizellspende und altruistischen Leihmutterschaft«. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die erste Arbeitsgruppe.

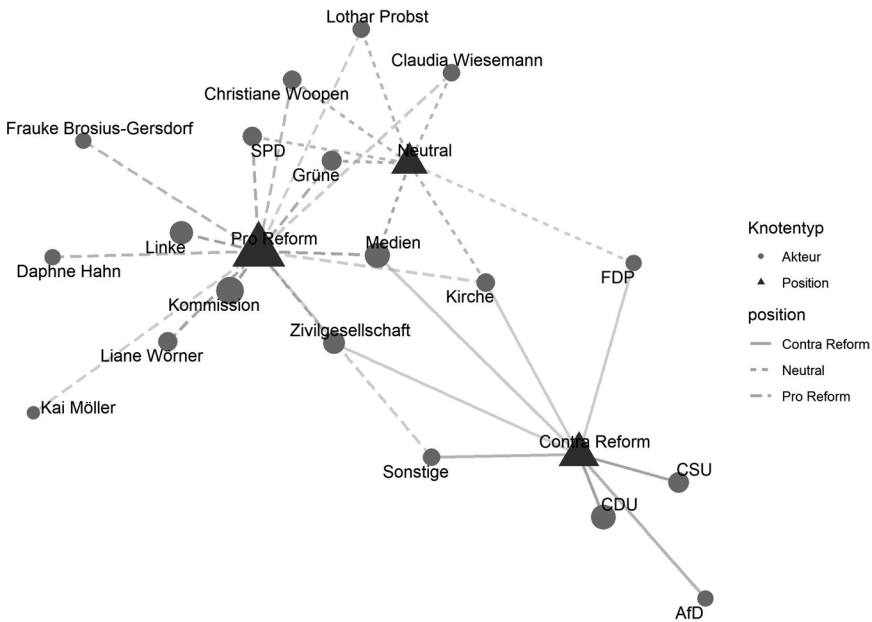
(1) Die *formale Repräsentation* ist durch die Einsetzung der Kommission durch die Bundesregierung gegeben. Die Regierung betonte dabei ausdrücklich die Expertise und Unabhängigkeit der Wissenschaftler*innen. Gleichzeitig wurde von der Opposition und einzelnen Medien kritisiert, dass es keine Zwischenberichte aus der Kommissionsarbeit gab und dass die Opposition nicht in die Auswahl der Kommissionsmitglieder eingebunden war. Andrea Lindholz (CDU) kritisierte etwa: »Die Arbeit der Kommission hat von Anfang an unter einem grundlegenden Makel gelitten: Die Experten haben fernab der Öffentlichkeit getagt, und allein die drei Ampelparteien konnten ihre Vorstellungen einbringen.« (Garbe und Gathmann 2024)

(2) Die *deskriptive Repräsentation* wird anhand eines Akteurs-Positions-Netzwerks analysiert, das alle drei Arenen umfasst. Akteur*innen werden durch Kreise und Positionen durch Dreiecke dargestellt (Abb. 1). Alle Wissenschaftler*innen, die im Diskurs auftraten, werden einzeln dargestellt, während alle anderen Einzelpersonen einer Oberkategorie zugeordnet werden (z. B. Politiker*innen ihren Parteien). Die Position wird in drei Kategorien unterteilt: Die Pro-Position stellt die Befürwortung einer Neuregelung zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen dar, die Contra-Position beinhaltet die Ablehnung einer Reform der aktuellen Gesetzeslage und die neutrale Position steht für eine abwägende oder unklare Äußerung ohne klare Positionierung. Die Verbindungen im Netzwerk ergeben sich aus den Positionierungen der Akteur*innen: Sie können durch unterschiedliche Äußerungen mehrere Positionen im Diskurs vertreten.

Die Analyse des Netzwerks zeigt zwei zentrale Ergebnisse. Erstens lässt sich eine deutliche Polarisierung zwischen den Akteur*innen feststellen: CDU, CSU und AfD lehnen die Reform klar ab, wohingegen einige im Diskurs vertretene Kommissionsmitglieder wie Liane Wörner, Daphne Hahn oder Frauke Brosius-Gersdorf sowie die Partei Die Linke die Reform explizit unterstützen. Andere, wie die SPD, die Grünen und einige Wissenschaftler*innen, äußern sowohl Zustimmung zur Reform als auch neutrale Positionen. Kirchen, Medien und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vertreten hingegen unterschiedliche Auffassungen, während die FDP der Reform eher neutral oder ablehnend gegenübersteht.

Zweitens zeigt sich, dass nur fünf der achtzehn Wissenschaftler*innen der KomRSF in der öffentlichen Debatte präsent waren (Frauke Brosius-Gersdorf, Daphne Hahn, Christiane Woppen, Liane Wörner und Claudia Wiesemann). Betrachtet man speziell die Mitglieder der rein weiblichen Arbeitsgruppe 1, so waren vier der insgesamt neun Wissenschaftlerinnen im Diskurs sichtbar. Besonders hervorzuheben sind hier Liane Wörner und Frauke Brosius-Gersdorf, die als Koordinatorinnen der Arbeitsgruppe fungierten. Beide waren nicht nur mehrfach im medialen Diskurs vertreten, sondern standen auch bei der Pressekonferenz zum Abschlussbericht Rede und Antwort (Bundesministerium für Gesundheit 2024). Wie Abb. 3 zeigt, sind Frauen besonders in den Arenen Pressekonferenz und Bundestag sehr präsent, wobei sich besonders im Bundestag die stark konträre Positionierung zur Reform offenbart.

Abb. 1: Diskursnetzwerk zur Debatte um Schwangerschaftsabbrüche

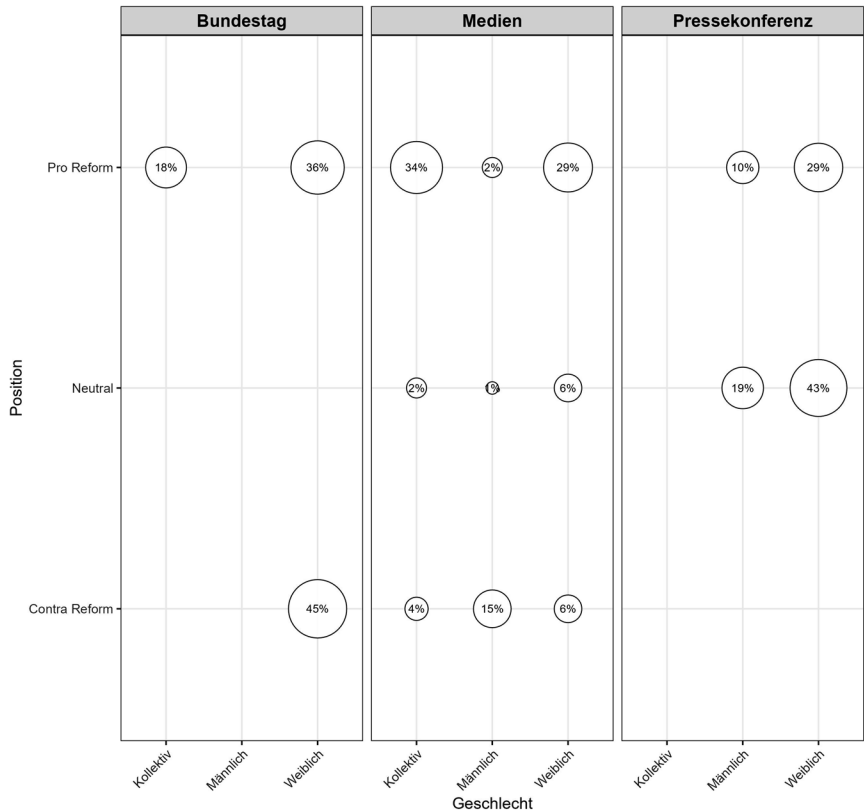


(3) Die *symbolische Repräsentation* der Wissenschaftler*innen ist zum einen durch eine hohe Akzeptanz im Diskurs geprägt. So wurde ihre Arbeit von den zuständigen Minister*innen Karl Lauterbach (SPD), Lisa Paus (Grüne) und Marco Buschmann (FDP) gewürdigt, und auch die Medien griffen die Ergebnisse der Kommission überwiegend positiv auf (Abb. 2). Gleichzeitig lassen sich jedoch auch Versuche der Delegitimierung beobachten, insbesondere aus dem rechten und konservativen Lager. Diese Kritik konzentriert sich weniger auf die inhaltlichen Reformvorschläge der Kommission als vielmehr auf den Versuch, die wissenschaftliche Expertise, Unabhängigkeit und Neutralität der Wissenschaftler*innen infrage zu stellen. Dies äußert sich sowohl in der Kritik an der Intransparenz der Kommissionsarbeit als auch in der Art und Weise, wie die Besetzung der Kommission diskutiert wird. Ein Beispiel hierfür ist der Kommentar von Robin Alexander in der »Welt am Sonntag«, dass eine »Kommission aus von der Ministerin [Lisa Paus] handverlesenen Juristinnen ihren Bericht vorlegt, wie der Paragraph 218 gestrichen werden kann« (Alexander 2024). Nicht nur ist es falsch, dass der Kommission ausschließlich Juristinnen angehörten, sondern suggeriert die Bezeichnung »handverlesen«, dass die Wissenschaftler*innen nicht aufgrund ihrer Expertise, sondern wegen ihrer vermeintlich politischen Nähe zur damaligen Familienministerin ausgewählt wurden. In ähnlicher Manier argumentiert Kristina Schröder in »Welt Online«, die Kommission trage »das Ergebnis ihrer zentralen Abwägung praktischerweise bereits im Namen« (Schröder 2024).

Diese Beispiele zeigen, dass die Kritik nicht auf einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Reformvorschlägen der Kommission beruht, sondern darauf abzielt, die Reformbestrebungen als ideologisch voreingenommen und potenziell gesellschaftsspal-

tend darzustellen. Indem die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Kommissionsmitglieder in Zweifel gezogen wird, sollen die Reformvorschläge als wenig fundiert oder gar als politisch instrumentalisiert erscheinen. Dies führt auch im Bundestagsdiskurs zu verstärkten Konflikten (Abb. 2 und 3). Während die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP sowie Die Linke die Reform befürworten, positionieren sich CDU, CSU und AfD klar dagegen. Gleichzeitig wirft man sich gegenseitig eine Spaltung der Gesellschaft vor: Karl Lauterbach (SPD) mahnt in der Pressekonferenz, alle mögen »sachlich diskutieren und nicht in eine ideologische Diskussion abrutschen«, während Dorothee Bär (CSU) eben dies der Regierung vorwirft, wenn sie festhält: »Die Ampel bohrt den längst befriedeten Kulturkampf ohne Not wieder auf und riskiert damit eine gefährliche Spaltung.« (Menkens 2024)

Abb. 2: Sichtbarkeit der Positionen nach Geschlecht und Diskursarena

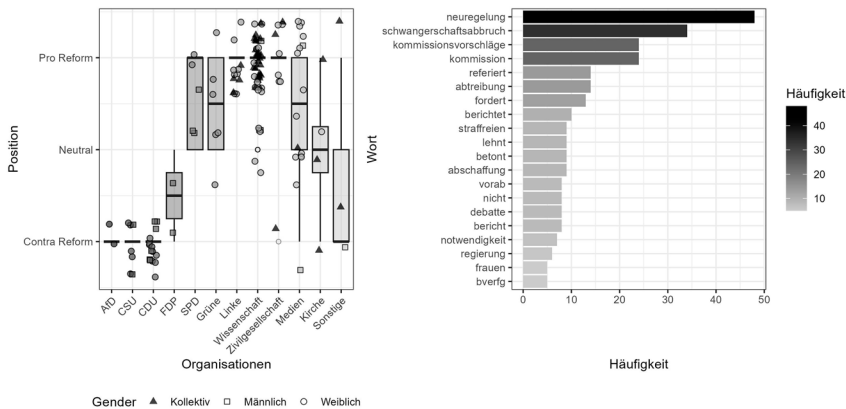


Hinweis: Abgebildet ist die relative Verteilung der Positionen nach Arena und Geschlecht. Die Kreisgröße & Prozentzahl zeigen den Anteil pro Arena. Bedingt durch Rundungen kommt es zu leichten Abweichungen von 100 % je Arena.

Insgesamt zeigt sich, dass die Debatte über die Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht nur entlang inhaltlicher Positionen geführt wird, sondern dass auch die Expertise und Legitimität der Kommissionsmitglieder in der politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielt. Die Konfliktlinien im Bundestag sind somit nicht nur auf unterschiedliche politische Positionen zurückzuführen, sondern sind Spiegel einer breiteren gesellschaftlichen Debatte über die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in politischen Entscheidungsprozessen.

(4) Schließlich wird die *substanzielle Repräsentation* betrachtet, indem zum einen die Positionsvarianz innerhalb der Akteur*innen anhand eines Boxplots analysiert und zum anderen die inhaltliche Setzung des Themas untersucht wird (Abb. 3). Die Boxplots für die verschiedenen Akteur*innengruppen – wobei die einzelnen Wissenschaftler*innen aus Abb. 1 zur Kategorie »Wissenschaft« zusammengefasst werden – verdeutlichen die große Divergenz zwischen den konservativen und rechten Parteien auf der einen Seite und den linken Parteien auf der anderen. Ebenso zeigt sich, dass die beteiligten Wissenschaftler*innen klar für eine Reform der bestehenden Regelung zu Schwangerschaftsabbrüchen eintreten. Gleichzeitig gibt es Akteur*innen wie die FDP oder die Kirchen, die sich neutral bis ablehnend positionieren. Die mediale Berichterstattung ist aufgrund ihrer Vielfalt breiter, tendiert jedoch mehrheitlich zur Unterstützung einer Reform.

Abb. 3: Boxplot zur Akteur*innenpositionierung und Top-20-Wörter in der Debatte



Dieser Konflikt wird auch in der Analyse der häufigsten Begriffe innerhalb des Diskurses sichtbar. Jede codierte Aussage wurde von den beiden Codierer*innen in einem kurzen Satz zusammengefasst. Darauf basierend wurden die zwanzig am häufigsten verwendeten Wörter ausgezählt.⁴ Dabei zeigt sich, dass die Reform von Schwangerschaftsabbrüchen in allen Diskursarenen die zentrale Thematik war, insbesondere im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Kommission. Im Mittelpunkt steht dabei die

4 Flexionsformen der Wörter (etwa Personalformen der Verben oder Plurale der Substantive) wurden jeweils zusammengezählt.

Forderung nach einer (straffreien) Neuregelung, wobei einige Akteur*innen explizit die Abschaffung von § 218 StGB fordern. Gleichzeitig signalisiert das Auftreten der Begriffe »Debatte« und »Notwendigkeit«, dass einige Akteur*innen fordern, die Kommissionsvorschläge breit zu diskutieren, während andere diese Notwendigkeit nicht sehen.

Unter den Begriffen finden sich auch »Regierung« und »Bundesverfassungsgericht« (BVerfG), was darauf hindeutet, dass die Regierung sowohl zur Umsetzung einer Reform als auch zur Beibehaltung des Status quo adressiert wird. Während einige Akteur*innen die Bundesregierung explizit auffordern, aktiv zu werden und eine Gesetzesänderung anzustoßen, fordern andere, insbesondere Vertreter*innen der CDU und CSU, den Erhalt der aktuellen Regelung. Zudem droht die Union mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, da sie die Reform als verfassungswidrig einstuft.

5 Fazit

Die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin legte im April 2024 einen umfassenden Bericht vor, der Optionen für eine Neuregelung legaler und straffreier Schwangerschaftsabbrüche aufzeigt. Sowohl vor als auch nach der Veröffentlichung erfolgte eine öffentliche Debatte über eine mögliche Reform. Die zentrale Rolle wissenschaftlicher Expertise und die Beteiligung der 18 Kommissionsmitglieder bildeten den Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung. Der vorliegende Beitrag untersuchte, inwiefern Wissenschaftler*innen auch in der Öffentlichkeit sichtbar waren, welche weiteren Akteur*innen sich zu Wort meldeten und welche Themen und Positionen geäußert wurden, die entweder zur Akzeptanz oder zur Delegitimierung wissenschaftlicher Expertise beitrugen.

Die Analyse zeigte, dass die Kommission und ihre Mitglieder im medialen Diskurs deutlich sichtbar waren. Eine zentrale Rolle nahmen die beiden Leiterinnen der Arbeitsgruppe 1 ein, die aufgrund ihrer Funktion als Koordinatorinnen und ihrer Teilnahme an der Pressekonferenz wichtige Ansprechpartnerinnen für Medien waren und entsprechend prominent im Diskursnetzwerk verortet waren. Neben ihnen prägten auch politische Parteien und Medienakteur*innen die öffentliche Debatte maßgeblich. Die Reformvorschläge der Kommission erfuhren breite Zustimmung, insbesondere durch Vertreter*innen von SPD, Grünen und Linken, durch zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie durch einzelne Journalist*innen, die sich für eine gesetzliche Neuregelung aussprachen. Frauen beteiligten sich überdurchschnittlich stark an der Debatte in allen drei Diskursarenen. Gleichzeitig zeigte sich erheblicher Widerstand aus dem religiösen, konservativen und rechten politischen Spektrum. Dieser äußerte sich in Form von Delegitimierungsversuchen gegenüber den Wissenschaftler*innen sowie in rechtlichen Einwänden hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der vorgeschlagenen Reform.

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse tragen zum Verständnis der Gründe bei, weshalb es in der Legislaturperiode der Ampelkoalition (2021–2024) letztlich zu keiner Reform von § 218 StGB kam. Die Regierungskoalition zeigte sich in dieser Frage uneinig und war insbesondere aufgrund der neutralen bis ablehnenden Positionen der FDP intern gespalten. Der öffentlich formulierte Anspruch, eine breite gesellschaftliche De-

batte führen zu wollen, kann zwar als legitimer Versuch der Konsensbildung verstanden werden, lässt sich jedoch ebenso als politische Verzögerungstaktik interpretieren. Zwar hatte die Bundesregierung bereits 2022 mit der Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB) einen ersten Reformschritt vollzogen, zugleich blieb das Thema Frauenrechte und Abtreibung jedoch dauerhaft in der öffentlichen Debatte präsent. Dass das Thema Schwangerschaftsabbrüche von unterschiedlichen Akteur*innen, darunter Medien, CDU/CSU und Kirche, als gesellschaftlich spaltend bezeichnet wurde, deutet darauf hin, dass der politische Wille innerhalb der Regierung nicht ausreichte, um noch in der laufenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf auf Grundlage der Kommissionsergebnisse vorzulegen. Dies zeigt sich auch daran, dass die Debatte im Juni 2024 abebbte und vor dem Zerfall der Koalition im November desselben Jahres nicht erneut aufgegriffen wurde.

Die Einsetzung einer Kommission trägt zur Sichtbarkeit von Wissenschaftler*innen bei, indem sie deren Expertise politisch legitimiert und in eine öffentliche Debatte integriert. Zugleich verdeutlicht der in Bundestag und Medien artikulierte Widerstand, dass Wissenschaftler*innen mit politischen Vorwürfen und parteipolitischen Konflikten konfrontiert sein können. Besonders deutlich wird dies in Form von Hassrede und gezielten Anfeindungen, die darauf abzielen, wissenschaftliche Autorität zu delegitimieren. Vor diesem Hintergrund sind Wissenschaftsinstitutionen, wissenschaftliche Fachgesellschaften sowie wissenschaftsaffine politische Akteur*innen gefordert, sich klar für die Wissenschaftsfreiheit einzusetzen und Strategien zum Schutz wissenschaftlicher Expertise vor gezielter politischer Delegitimierung zu entwickeln.

Danksagung

Ich danke Johanna Pieper für die Unterstützung bei der Textcodierung, Pauline Ahlhaus und Renée Krug sowie den Herausgeberinnen für sehr hilfreiche Kommentare zum Manuskript. Meine Forschungsarbeit wird von der Gerda Henkel Stiftung gefördert (AZ 03/TG22).

Literatur

- Alexander, Robin. 2024. Wagt die Ampel den Ethik-Deal? *Welt am Sonntag*, 7. April.
- Bundesministerium für Gesundheit. 2024. Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin legt Abschlussbericht vor, 15. April. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/kommission-sbericht-reproduktive-selbstbestimmung-pm-15-04-24.html> (zugegriffen: 10. Juni 2025).
- Carli, Linda L., Laila Alawa, YoonAh Lee, Bei Zhao, Elaine Kim. 2016. Stereotypes About Gender and Science: Women ≠ Scientists. *Psychology of Women Quarterly* 40, Nr. 2 (Juni): 244–260. <https://doi.org/10.1177/0361684315622645>.

- Celis, Karen und Joni Lovenduski. 2018. Power struggles: gender equality in political representation. *European Journal of Politics and Gender* 1, Nr. 1: 149–166. <https://doi.org/10.1332/251510818X15272520831085>.
- de Wilde, Pieter. 2020. The Quality of Representative Claims: Uncovering a Weakness in the Defense of the Liberal World Order. *Political Studies* 68, Nr. 2 (Mai): 271–292. <https://doi.org/10.1177/0032321719845199>.
- Deutscher Bundestag. 2024. Plenarprotokoll 20/162, 162. Sitzung. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, 10. April. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20162.pdf> (zugegriffen: 9. Juni 2025): 20800–20810.
- Garbe, Sophie und Florian Gathmann. 2024. Debatte über Schwangerschaftsabbrüche. *Der Spiegel*, 9. April.
- Garbe, Sophie und Milena Hassenkamp. 2024. Ampelkommission empfiehlt, Abtreibungen innerhalb der ersten zwölf Wochen zu legalisieren. *Der Spiegel*, 8. April. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/paragraph-218-ampelkommission-empfehl-legalisierung-von-schwangerschaftsabbruechen-a-77bc8e36-bo2c-4ae5-980b-a11c6fc82d42?sara_ref=re-xx-cp-sh (zugegriffen: 9. Juni 2025).
- Garcia-Blanco, Iñaki und Karin Wahl-Jorgensen. 2012. The Discursive Construction of Women Politicians in the European Press. *Feminist Media Studies* 12, Nr. 3 (September): 422–441. <https://doi.org/10.1080/14680777.2011.615636>.
- Guasti, Petra und Brigitte Geissel. 2019. Saward's Concept of the Representative Claim Revisited: An Empirical Perspective. *Politics and Governance* 7, Nr. 3 (September): 98–111. <https://doi.org/10.17645/pag.v7i3.2103>.
- Hark, Sabine und Paula-Irene Villa. 2015. »Eine Frage an und für unsere Zeit«. Verstören-de Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, hg. von Sabine Hark und Paula-Irene Villa. Bielefeld: transcript, 15–39.
- Kinski, Lucy. 2018. Whom to represent? National parliamentary representation during the eurozone crisis. *Journal of European Public Policy* 25, Nr. 3 (4. März): 346–368. <https://doi.org/10.1080/13501763.2016.1253764>.
- Kom-rSF. 2024. Bericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, April 2024. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fi leadmin/Dateien/3_Downloads/K/Kom-rSF/Abschlussbericht_Kom-rSF.pdf (zugegriffen: 9. Juni 2025).
- Koopmans, Ruud und Paul Statham. 1999. Political claims analysis: Integrating protest event and political discourse approaches. *Mobilization: An International Quarterly* 4, Nr. 2 (September): 203–221. <https://doi.org/10.17813/mai.q.4.2.d7593370607l6756>.
- Kuhar, Roman. 2018. *Anti-gender campaigns in Europe: mobilizing against equality*, hg. von David Paternotte. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Leifeld, Philip. 2016. *Policy debates as dynamic networks: German pension politics and privatization discourse*. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik Bremen, Band 29. Frankfurt a.M.: Campus.
- MaLisa Stiftung. 2020. Wer wird gefragt? Geschlechterverteilung in der Corona-Berichterstattung. Zentrale Ergebnisse einer Analyse zur Geschlechterverteilung in der Corona-Berichterstattung im Fernsehen und in Online-Auftritten deutscher

- Printmedien im Auftrag der MaLisa Stiftung. Mai. https://static1.squarespace.com/static/672b6a7044080f328d01a3f9/t/6762ab2995ff876cc8abce69/1734519593865/Studie_MaLisa_Geschlechterverteilung_in_der_Corona_Berichterstattung.pdf (zugegriffen: 9. Juni 2025).
- Mansbridge, Jane. 2003. Rethinking Representation. *American Political Science Review* 97, Nr. 4 (November): 515–528. <https://doi.org/10.1017/S0003055403000856>.
- Menkens, Sabine. 2024. Abtreibungsrecht-Reform. *Welt Online*, 18. April.
- Paxton, Pamela, Sheri Kunovich und Melanie M. Hughes. 2007. Gender in Politics. *Annual Review of Sociology* 33, Nr. 1 (August): 263–284. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.33.040406.131651>.
- Peng, Hao, Misha Teplitskiy, Daniel M. Romero und Emőke-Ágnes Horvát. 2022. The Gender Gap in Scholarly Self-Promotion on Social Media. *arXiv:2206.05330* (Juni). <https://doi.org/10.48550/ARXIV.2206.05330>.
- Phillips, Anne. 1998. *The politics of presence: the political representation of gender, ethnicity, and race*. Oxford: Oxford University Press.
- Pitkin, Hanna Fenichel. 1972. *The concept of representation*. Berkeley: University of California Press.
- Ross, Matthew B., Britta M. Glennon, Raviv Murciano-Goroff, Enrico G. Berkes, Bruce A. Weinberg und Julia I. Lane. 2022. Women are credited less in science than men. *Nature* 608, Nr. 7921 (Juni): 135–145. <https://doi.org/10.1038/s41586-022-04966-w>.
- Saward, Michael. 2006. The Representative Claim. *Contemporary Political Theory* 5, Nr. 3 (August): 297–318. <https://doi.org/10.1057/palgrave.cpt.9300234>.
- Saward, Michael. 2010. *The representative claim*. Oxford: Oxford University Press.
- Schröder, Kristina. 2024. Warum ich die Legalisierung der Eizellspende ablehne. *Welt Online*, 29. April. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus251217926/Eizellspende-Darum-lehne-ich-die-Legalisierung-ab.html> (zugegriffen: 9. Juni 2025).
- Wallaschek, Stefan, Kavyanjali Kaushik, Monika Verbalyte, Aleksandra Sojka, Giuliana Sorci, Hans-Jörg Trenz und Monika Eig Müller. 2022. Same Same but Different? Gender Politics and (Trans-)National Value Contestation in Europe on Twitter. *Politics and Governance* 10, Nr. 1 (Februar): 146–160. <https://doi.org/10.17645/pag.v10i1.4751>.
- Wallaschek, Stefan. 2019. Contested solidarity in the Euro crisis and Europe's migration crisis: a discourse network analysis. *Journal of European Public Policy* 27, Nr. 7 (September): 1034–1053. <https://doi.org/10.1080/13501763.2019.1659844>.
- Wängnerud, Lena. 2009. Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science* 12, Nr. 1 (Juni): 51–69. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.053106.123839>.

